

Nr. 17/850

Gesetz über die Behandlung von Petitionen durch die Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE.
vom 27. August 2009
(Drucksache 17/910)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Petitionsausschuss.

Nr. 17/851

Enquête-Kommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Oktober 2009
(Drucksache 17/969)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 27. Oktober 2009**

(Drucksache 17/977)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/852

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquête-Kommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“

Die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Enquête-Kommission „Zukunft der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland“ entfällt durch die Ablehnung des Antrags mit der Drucksachen-Nr. 17/969.

Nr. 17/853

Stand des Ausbaus der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. August 2009
(Drucksache 17/872)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. September 2009

(Drucksache 17/926)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/854

Fragwürdiges und undurchsichtiges Auftragsvergabeverfahren des Innenressorts für das neue Löschboot der Bremer Feuerwehr

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 20. Oktober 2009
(Drucksache 17/968)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/855

Recht auf Rückkehr für zwangsverheiratete Frauen und Mädchen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. August 2009
(Drucksache 17/874)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 16. September 2009

(Drucksache 17/929)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die von der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen festgestellte Notwendigkeit, in Deutschland aufgewachsenen Opfern von Zwangsverheiratung Zuflucht und Aufenthalt auch dann zu ermöglichen, wenn die im Aufenthaltsgesetz festgelegten Fristen überschritten sind.
2. Der Senat wird gebeten, über den Bundesrat unverzüglich eine Gesetzesänderung zu initiieren, die Opfern von Zwangsverheiratung ein Rückkehrrecht und einen gesicherten Aufenthaltsstatus auch nach Ablauf der derzeit geltenden gesetzlichen Fristen sichert.

Nr. 17/856

Besondere Investitionsanstrengungen für Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009
(Drucksache 17/883)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/857

Energieausweise nutzbringend einsetzen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. August 2009
(Neufassung der Drs. 17/876 vom 11.08.09)
(Drucksache 17/880)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Vermieterinnen und Vermieter in Zukunft stärker dazu anzuhalten, ihrer gesetzlichen Pflicht zur Erstellung eines Energieausweises für Mieträume nachzukommen. Dazu soll er alle Möglichkeiten staatlichen Handelns prüfen und nutzen, darunter auch das Verhängen von Bußgeldern, wie es die Energieeinsparverordnung (EnEV) zulässt.
2. Besonders sollen private Vermieterinnen und Vermieter unterstützt werden, durch gezielte Informationen zum Nutzen und Erwerb von Energieausweisen ihrer gesetzlichen Pflicht Folge zu leisten. Ebenso fordert die Bürgerschaft (Landtag)

den Senat auf, Mieterinnen und Mieter besser über ihre Rechte bezüglich des Energieausweises aufzuklären und dazu die bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten zu nutzen, aber auch zusätzlich eine Hotline für Nachfragen und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger in puncto Energieausweise einzurichten.

3. Gleichzeitig soll das Land Bremen eine Vorbildfunktion einnehmen, indem die Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand Energieausweise für den vollständigen Wohnungsbestand erstellen lassen und diese unaufgefordert Mietinteressenten/-innen vorzeigen.
4. Anlässlich des einjährigen Bestehens der gesetzlichen Pflicht eines Energieausweises am 1. Juli 2009 ist den staatlichen Deputationen für Bau und Verkehr sowie für Umwelt und Energie bis zum 31. Dezember 2009 zu berichten, wie sich die Bremer Situation zurzeit darstellt. Ein Schwerpunkt sollte dabei darauf liegen, wie sich das Verhältnis von Bedarfsausweisen und Verbrauchsausweisen bei Wohnungen und Häusern im Land Bremen gestaltet.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zusätzlich zu prüfen, wie Energieausweise zu einem festen Bestandteil von Mietverträgen gemacht werden könnten, und befürwortet, gegebenenfalls eine Bundratsinitiative mit dieser Zielrichtung zu starten.

Nr. 17/858

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Teilnahme des Landes Bremen am „Projekt Junior“
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. August 2009
(Drucksache 17/888)
2. Aufbau einer Initiative „Clean Ship“
Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/902)
3. Nichtraucherchutz mit Augenmaß!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 28. August 2009
(Drucksache 17/911)
4. Gesetz zur Änderung des Bremischen Jagdgesetzes
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 2. September 2009
(Drucksache 17/919)
1. Lesung
5. Arbeitsfähigkeit der Häfen sichern
Mitteilung des Senats vom 8. September 2009
(Drucksache 17/921)
6. Jugendstrafverfahren beschleunigen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. September 2009
(Drucksache 17/924)
7. Nutzen und Risiken der HPV-Impfung abwägen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. September 2009
(Drucksache 17/935)
8. Bremisches Gesetz für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG)
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2009
(Drucksache 17/957)
1. Lesung

9. Lohnfortzahlung im Urlaubs- und Krankheitsfall für Tagesmütter verbessern!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/830)

10. Lohnfortzahlung im Urlaubs- und Krankheitsfall für Tagesmütter verbessern!
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2009
(Drucksache 17/958)